

Ausgabe 03 | 24

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Am Abgrund einer alten Welt?
Interview mit Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

[ERINNERUNGSKULTUR]

Wem gehört
Dietrich Bonhoeffer?

[IM FOKUS]

Waffenruhe endlich in Sicht?
Der Krieg gegen die Ukraine im dritten Jahr

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

wenn Sie Einsichten+Perspektiven schon länger kennen, wissen Sie, dass es bei der Auswahl der Titel eine Rolle spielt, ob das Bild eine gewisse Symbolkraft aufweist. Die Cover der letzten Ausgaben hatten schon mit dem Krieg, dem dominierenden Thema unserer Zeit, zu tun.

Im Jahr 2024 erlebten wir eine weitere Ausbreitung und Eskalation militärischer Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten; zugleich Zäsuren wie den Sturz des Assad-Regimes in Syrien sowie ernsthafte innenpolitische Regierungskrisen etwa in Frankreich oder in Deutschland mit dem Scheitern der Ampel-Regierung.

Unser Schwerpunkt „Multiple Krisen“ beschäftigt sich mit diesem sich zuspitzenden Krisengeschehen und damit, wie man doch konstruktiv damit umgehen kann.

Das aktuelle Cover zeigt das Foto eines Hochhauskomplexes in Kyjiw, das symbolisch für die gegenwärtige Situation steht: die Düsternis der Kyjiwer Nacht, erhellt durch drei erleuchtete Fenster. Mögliche Botschaft: Auch im Dunkeln leuchtet das Licht der Hoffnung.

Ganz in diesem Sinne sprach die Redaktion unter der Leitfrage „Die alte Welt am Rande des Abgrunds“ mit Heinrich Oberreuter über den in Teilen desaströsen Zustand der Welt und wie die Politik damit umgehen könne. Stephan Bierling und Heike Paul erläutern, welche Politik von den Vereinigten Staaten nach dem doch deutlichen Wahlsieg Donald Trumps zu erwarten ist und welche Folgen das für den Rest der Welt hat. Der Direktor der Landeszentrale, Rupert Gröbl, erklärt, wie es nach der verlorenen Vertrauensfrage von Bundeskanzler Olaf Scholz bis zu den Neuwahlen weitergeht.

Weitere Themen sind die Erinnerung von Udo Hahn an Dietrich Bonhoeffer, in denen aufgezeigt wird, wie der Widerstandskämpfer von den unterschiedlichsten Seiten instrumentalisiert wird. Und die historische Entwicklung der Bayerischen Staatskanzlei zur „Hüterin des Freistaates“ von Rick Tazelaar.

Zum Abschluss unserer Fußball-und-Gesellschaft-Serie untersucht Lars Riedl die Fußball-Europameisterschaft 2024 unter soziologischen Gesichtspunkten, während Tim Frohwein und Jana Wiske die Effekte der EURO einer wissenschaftlichen Analyse unterziehen.

Optimismus ist laut Karl Popper Pflicht! In diesem Sinne wünschen wir trotz der Thematik eine ertragreiche und im besten Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Stephan Bierling leitet die Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Tim Frohwein veröffentlicht als freiberuflicher Journalist und Wissenschaftler und ist Lehrbeauftragter an der LMU.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Udo Hahn ist Pfarrer und Publizist und seit 2011 Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing.

Prof. Dr. Heike Paul hat den Lehrstuhl für Amerikanistik, insbesondere nordamerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg inne.

Dr. Lars Riedl arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent für Sportsoziologie an der Universität Paderborn.

Dr. Rick Tazelaar ist Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität Utrecht und war wissenschaftlicher Mitarbeiter des IfZ.

Prof. Dr. Jana Wiske ist Professorin für PR/Unternehmenskommunikation und Ressortjournalismus an der Hochschule Ansbach.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

- Am Abgrund einer alten Welt?** 4
Ein Interview mit Heinrich Oberreuter
- Die Krise der amerikanischen Demokratie** 10
von *Stephan Bierling*
- Trumps Wiederwahl – und nun?** 18
von *Heike Paul*
- Waffenruhe endlich in Sicht?** 25
Der russische Krieg gegen die Ukraine im dritten Jahr
von *Klaus Gestwa*

MUSIK UND POLITIK

- Der Sound der Zeit – Krisen** 44

ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 23. FEBRUAR 2025

- Vertrauensfrage und Misstrauensvotum** 46
von *Rupert Gröbl*

NEUES GAME DER LANDESZENTRALE

- „Deine Stimme“** 50
– politische Bildung (spielerisch) neu gedacht

LESESTOFF

- Lektüreempfehlungen der Redaktion** 53

FUSSBALL

- Die gesellschaftliche Bedeutung von Fussball-Großereignissen:
Eine soziologische Analyse am Beispiel der UEFA Euro 2024** 54
von *Lars Riedl*
- Die EURO 2024 – eine Analyse: Kein zweites Sommermärchen, aber positive Effekte** 66
von *Tim Frohwein und Jana Wiske*

ERINNERUNGSKULTUR

- Wem gehört Dietrich Bonhoeffer?** 71
von *Udo Hahn*

POLITISCHE ANFÄNGE IN BAYERN NACH 1945

- Föderalismus, Führungspersonal und NS-Vergangenheit in der bayerischen
Staatskanzlei nach dem Nationalsozialismus** 79
von *Rick Tazelaar*

AUS DER WERKSTATT

- Meeting in No Man's Land** 95
Die BLZ am *Remembrance Day* in London
von *Christina Gibbs*

AM ABGRUND EINER ALTEN WELT?

EIN INTERVIEW MIT HEINRICH OBERREUTER

Zur Person

**PROF. DR. PHIL.
DR. H.C.
HEINRICH
OBERREUTER**

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter war von 1993 bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und von 1980 bis zu seiner Emeritierung 2010 zugleich Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität in Passau. Zuvor war er von 1978 bis 1980 Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Von 1991 bis 1993 leitete er als Gründungsdekan maßgeblich den Aufbau der Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden. Zu seinen zentralen Forschungsfeldern gehören die Parlamentsforschung, die Kommunikationspolitik, Verfassungsgeschichte und politische Systeme. Von 2012 bis 2022 hatte er die Leitung der Redaktion der 8. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft inne und seit 2022 leitet er das Projekt „Staatslexikon online“. Professor Oberreuter ist Mitglied in zahlreichen Akademien und Gremien und erhielt für seine Tätigkeit zahlreiche Preise und Anerkennungen.



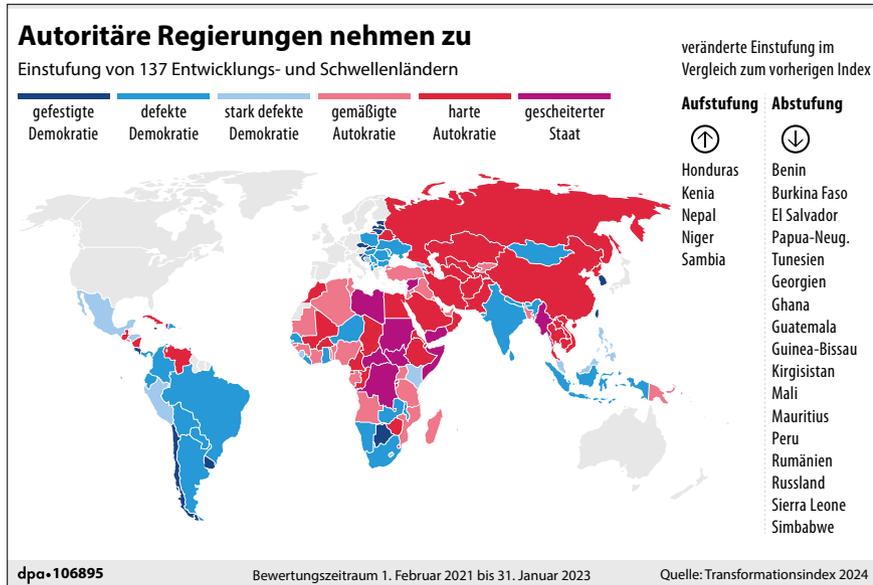
„Am Abgrund einer alten Welt“. So zitierte die E+P in ihrer letzten Ausgabe im Oktober 2024 die Einschätzung des deutschen Politikwissenschaftlers Ingolfur Blühdorn bezüglich der gegenwärtigen globalen Entwicklungen. Angesichts der sich fortentwickelnden Situation in nationaler und internationaler Politik hat sich die Redaktion mit Prof. Dr. Heinrich Oberreuter über den Umgang mit der multiplen Krise unterhalten.

Herr Prof. Oberreuter, für wie ernst halten Sie die derzeitige Situation?

Heinrich Oberreuter: Allein die um sich greifende Verunsicherung der Bevölkerung wie der politischen Führung belegt den Ernst der aktuellen politischen und ökonomischen Situation. Ihre Komplexität ist herausfordernd, ihr zu begegnen ebenso. Zukunftsfähige Lösungen zu finden, scheint fast die Grenzen der Überforderung zu streifen. Wenn es je eine „Weltordnung“ gegeben hat, dann stellen sich in der Phase der gegenwärtig offensichtlichen Neuordnung Fragen nach der Gestaltung alternativer Einfluss-sphären, die auf unterschiedlichen Wertkonzepten, Machtoptionen und Wirtschaftsinteressen beruhen. Besonders beunruhigend sind dabei der – sogar militärisch gestützte – Aufschwung imperialistischer, ideologisch antiliberaler bis totalitärer Ansprüche wie das Wachstum kooperationsfeindlicher nationalistischer politischer wie ökonomischer Positionen. Im Grunde sind die meisten der positiven Entwicklungen der Nachkriegszeit seit 1945 wie aktuell insbesondere des weltpolitischen Umbruchs 1989/1990 betroffen – wobei das Positive ohnehin nie für sich alleine stand.

Welche Entwicklung halten Sie für die gefährlichste?

Heinrich Oberreuter: Am gefährlichsten ist dabei aus meiner Sicht zweifellos die ideologisch und historisch begründete und „gerechtfertigte“ Bereitschaft zu militärischer Aggressivität. Allerdings beruht sie letztlich auch auf der grundsätzlichen Feindschaft gegenüber einer menschenwürdigen und freiheitlichen Herrschaftsordnung. Insofern dürfen auch beginnende Tendenzen ihrer inneren Relativierung dort, wo sie gilt, nicht übersehen werden. Weltweit nimmt ja nicht nur die Herrschaft der Demokratie ab. Es nehmen auch defekte Demokratien zu, selbst in der EU. Unter Trump richten sich sorgenvolle Blicke auf die USA, deren Verfassungsgeschichte der „Westen“ doch viel zu verdanken hat. Frankreichs Krise hinzugenommen liegt die These nahe, dass die Realität an den politisch-kulturellen Wurzeln zehrt, welche die Amerikanische wie die Französische Revolution



einst wirkmächtig geprägt haben. Es geht um die Gefährdung grundlegender normativer Orientierung, die offensichtlich auch zurücktritt bei sozialpolitischer Schwächung: Klimaziele z.B. büßen vielfach an Relevanz ein. Individuelles Wohlergehen erscheint dann wichtiger als das Wohl der Welt.

Wie greifen verschiedene Krisenherde ineinander?

Heinrich Oberreuter: Klimakrise, Energiebedarf, Wirtschaftskraft, Wohlstandsbedürfnis, Migrationsbewegung, Militärpolitik greifen erheblich ineinander. Putins Krieg z.B. fordert uns in allen Dimensionen heraus, z.B. auf den Gebieten der Sicherheit, der Energieversorgung, der Wirtschaft und Industriestruktur, des Umgangs mit Migration, Arbeitsplätzen und den Chancen auf Sozialleistungen. Politische Entscheidungen berühren Gesellschaftsbilder und Lebensvorstellungen. Sie führen zu Kontroversen – auch zu normativen. Der Staatshaushalt ist ebenso endlich wie die Problemverarbeitungskapazität der Gesellschaft. Ergo können aus den übergreifenden Krisenherden auch innere Krisen entstehen – wie derzeit nicht nur in Deutschland zu sehen. Eine multidimensionale Überforderung?

Bewertungszeitraum 1. Februar 2021 bis 31. Januar 2023
Bild: Picture Alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

Hat die Politik Instrumentarien, mit multiplen Krisen professionell umzugehen?

Heinrich Oberreuter: Ich würde sagen, die Rationalität – aber das ist kein Instrument, sondern eine Befähigung. Auch Anlehnung an Sachverstand führt zu Instrumenten und Maßnahmen, die umstritten, aber notwendig sein mögen. Durchsetzbar sind sie am ehesten durch kommunikative Klarheit und politische Führung – auch gegen die Demoskopie. Aber „den“ professionellen Instrumentenkasten gibt es nicht.

Sind die entsprechenden Akteure auf solche Lagen wie die gegenwärtige vorbereitet? Welche Rolle spielen dabei historische Vorbilder?

Heinrich Oberreuter: Offensichtlich sind und waren sie es nicht, zumindest nicht komplex. Am ehesten noch in der Umwelt- und Klimapolitik, trotz fortbestehender Defizite in der Sache und politischer Ungeschicklichkeiten im Umgang mit ihr. Außenpolitisch sind Fehleinschätzungen und Realitätsverkennungen bezüglich der Moskauer Interessen seit eineinhalb Jahrzehnten unübersehbar. Angesichts von Konflikten in der EU wäre an die Vorbilder ihrer Gründerzeit, der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Sicherheitseinschätzung (auch im Rahmen der NATO) zu erinnern. Derzeit sind partiell mehr historische Wiederholungen zu diagnostizieren angesichts der Diskurse zwischen realpolitischen und pazifistischen Positionen, die denen in den Achtzigerjahren („Nachrüstung“) gleichen.

Vor und zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022 war viel die Rede von Christopher Clarks Beschreibung der politisch Verantwortlichen vor dem Ersten Weltkrieg, die – ohne es zu beabsichtigen – durch extrem ungeschicktes Taktieren einen Weltkrieg ausgelöst hätten. Nun scheinen angesichts der Härte des russischen Vorgehens in der Ukraine mit dem Ziel, die Landkarte in Europa zu ändern, die „Falken“ im Westen lauter zu werden. Wie erleben Sie die Entwicklung der strategischen Haltung des Westens angesichts des russischen Angriffskriegs?

Heinrich Oberreuter: Clarks Beschreibung dient einer anderen Zeit. Die heutige geht wenigstens in unserer Hemisphäre differenzierter mit Machtfragen um, selbst in der Konfrontation mit einem Akteur, der keine Differenzierung kennt und zur Wiederherstellung, wenn nicht Ausweitung eines vergangenen Imperiums auch Gewalt nicht ausschließt und bei Gegenwehr sogar mit deren Eskalation

droht. Die Idee, dass Putin Grenzen einhält, wenn man ihn jetzt gewähren ließe, ist angesichts des Bündels kriegerischer Aktionen seit Jahren grotesk. Die in der Frage apostrophierten „Falken“ wollen militärisch effektive Verteidigung gegen militärische Aggressionen, welche die Auslöschung der ukrainischen nationalen und kulturellen Identität zum Ziel hat – zunächst. Als historisches Vorbild fällt das alte Rom ein: *Si vis pacem para bellum* (Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor; die Red.). Nichts anderes hat Pistorius gesagt und damit auch das Fundament diplomatischer Lösungen formuliert.

Der Krieg gegen die Ukraine scheint das Werden der vielfach apostrophierten „Neuen multipolaren Weltordnung“ zu beschleunigen – stimmen Sie dem zu? Wie wird aller Voraussicht nach die Weltordnung der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts aussehen?

Heinrich Oberreuter: Ja, merkwürdigerweise, weil diese kriegerische Aggression im Kern auf alles andere als Kooperation und Rücksichtnahme als politische Maximen setzt. Faktisch geht es ja auch um eine Gegenbewegung gegen „den Westen“ als ein Konglomerat politisch wie ökonomisch erfolgreicher Systeme, nicht zuletzt als ein Geflecht, das sich grundsätzlich die Deklaration der Menschenrechte als normative Basis zu eigen macht. Russland, China und Nordkorea erstreben das Gegenteil und verdichten durch kriegerische Kooperation ihre supranationale Interessengemeinschaft. Zu dem sie umschließenden Kreis der BRICS-Staaten gehören im Wesentlichen demokratiefeindliche oder demokratiedefekte Systeme, die nicht nur die globale Wirtschaftsordnung reformieren wollen. Doch sie werden ein Element der neuen multipolaren Weltordnung der Zukunft sein, wobei China mehr als Russland als eigenständige Kraft herausragen wird – China, das seine „neue Seidenstraße“ längst mit ökonomischen Abhängigkeiten über Afrika bis zu europäischen Vorposten vorangetrieben hat. Die Krise der deutschen Autoindustrie mit ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen hat damit zu tun. Dynamisch gewonnen wird zudem um Einfluss in Afrika und Südamerika. Nachdem Trump nicht ewig regieren wird, könnte „der Westen“ in gelockerter Form, aber sicherheitspolitisch verklammert, in die Zukunft gehen und dabei auf eine BRICS-Gruppierung unter chinesischer Dominanz mit russischer Assistenz stoßen. Die anderen werden sich dorthin orientieren, wo sie die meisten Vorteile sehen, nicht zuletzt ökonomisch. Die Realisierung von Mercosur soeben zeigt die Absicht, Südamerika an Europa zu binden.



Blackout
in Kyjiw,
22. November
2024

Foto:
Picture Alliance/
ZUMAPRESS.
com/Fotograf:
Andreas Stroh

Wie wirkt sich die wachsende Verunsicherung Ihrer Meinung nach auf die politischen Verhältnisse aus? Teilen Sie die Einschätzung, dass demokratische Regierungsformen noch mehr unter Druck geraten und dass autoritäre Systeme noch weiter auf dem Vormarsch sind?

Heinrich Oberreuter: Diese Tendenz ist seit längerem unterwegs und längst beim klassischen Monitor von Chatham House registriert. Francis Fukuyamas These (1992) vom historisch endgültigen Sieg der liberalen Demokratie ist erledigt. „Siege“ aus den Neunzigerjahren haben sich relativiert oder gar zurückgewandelt, gesteuert von illiberalen Akteuren. Die einen haben ihre Macht legal, die anderen manipulativ errungen. Auf sehr unterschiedliche Weise sind in diesem Kontext z.B. Polen (zeitweise), Ungarn und Georgien zu nennen, ehemals Mitinitiatoren des Umbruchs. Zugleich überfordern die erwähnten komplexen Prozesse des technologischen und gesellschaftlichen Wandels in ihren Konsequenzen für die alltäglichen Lebensumstände die Folgebereitschaft

wie die Folgefähigkeit keineswegs geringer Segmente in bislang eigentlich doch eher stabilen Gesellschaften. Die Verbreiterung der rechten und linken Ränder in Parteiensystemen ist in der Wählerschaft weniger ideologisch bestimmt als eben durch das komplexe Krisenphänomen und seine emotionalen, intellektuellen wie sozialen und – Beispiel Migration – kulturellen Überforderungen; begleitet vom Gefühl ausbleibender Problemlösungsfähigkeit der Politik. Mehrheiten schätzen hierzulande zwar die Demokratie als Staatsform, misstrauen aber der gegenwärtigen Praxis. In Unsicherheit und Zukunftsskepsis versprechen die unterkomplexen und daher leichter nachvollziehbaren Angebote der Ränder mehr Gewissheit. Und der individuelle soziale Komfort wird zum bestimmenden politischen Maßstab jenseits normativer Kriterien. Faktisch rückt auch in Deutschland der Sozialstaat in die Mitte der Interessen der Wählerschaft, in der Legitimität zu gewinnen ist. Anderswo ist traditionelle autoritäre Herrschaft an substantieller Legitimität nicht

interessiert und sucht ihre Absicherung durch Wirtschaftsleistung. Soweit Autoritäre legal oder manipulativ an die Macht kommen, suchen sie Liberalität und Pluralismus auszuschalten. In der Tat: Es besteht global ein erheblicher Druck auf die Demokratie.

Wie lässt sich aus Ihrer Sicht die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands beschreiben?

Heinrich Oberreuter: Die Rezession schleicht nicht. Sie ist sichtbar. Deutschland wird zum Schlusslicht Europas im Wachstum. Individuelle problematische wirtschafts- und energiepolitische Entscheidungen, auch das Verharren im Gewohnten tragen dafür Verantwortung. Hinzu tritt die verteidigungspolitische Belastung durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die desaströse Ausstattung der Bundeswehr. Der Etat jedoch ist endlich und unfreundlich gegenüber sozialen Erwartungen. Daran und an wirtschaftspolitischen Differenzen ist die Koalition zerbrochen, woran offensichtlich alle Beteiligten interessiert waren, ohne am Ende einen Konsens finden zu können. Wirtschaft und Politik sind gleich instabil. Gesellschaftlichen Verunsicherungen treten sie nicht entgegen. Im Gegenteil, wie die jüngsten Wahlergebnisse aber auch die Demoskopie im Vorfeld der Bundestagswahl beweisen: Das Parteiensystem fragmentiert sich gemäß der gesellschaftlichen Segmentierung. Handlungsfähige Regierungsbildung ist gefährdet und damit auch Stabilität. Dass die radikalen Vereinfacher mit ihren Scheinlösungen daraus weiteren Nutzen ziehen, lässt sich prognostizieren.

Welche Konfliktlinien/Themenfelder waren bei den Landtagswahlen 2024 in drei östlichen Ländern der Bundesrepublik entscheidend und inwiefern haben diese das Ende der Bundesregierung beschleunigt?

Heinrich Oberreuter: Soziale wie innere Sicherheit und Migration waren die bestimmenden Faktoren, mehr als der Ukrainekrieg oder die Situation Ostdeutschlands – laut Infratest: also gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Konfliktlinien. Weniger diese ohnehin omnipräsent desintegrierend wirksamen Themenfelder als ihre dramatische Manifestation in den Wahlurnen mögen in Berlin beschleunigend gewirkt haben. Aber dass diese Koalition das Ende der Wahlperiode nicht erreichen werde, war schon seit Monaten vorherzusehen.

Laut einer Anfang Oktober 2024 veröffentlichten Umfrage des MDR nervt viele Menschen in Deutschland mittlerweile die sog. „Ost-West-Debatte“ – gleichwohl halten sie viele nach wie vor für notwendig. Insbesondere jüngere Menschen sind laut MDR der Meinung, dass sich beide Teile Deutschlands mehr voneinander entfernen als endlich zusammenzuwachsen.

Was ist Ihr Standpunkt bei dieser Thematik? Inwiefern gibt es nach wie vor markante Unterschiede zwischen den sog. alten und neuen Ländern und inwieweit macht es Sinn, diese Debatte immer wieder aufs Neue zu führen?

Heinrich Oberreuter: Es wäre zunächst nötig, den Realitäten ins Auge zu sehen. Die wirtschaftliche Situation der DDR war in jeder Hinsicht desaströs. Sie jenseits der manipulierten Daten zur Kenntnis nehmen zu müssen, hat am bitteren Ende zu revolutionären Ausbrüchen im Politbüro der SED geführt. Private Vermögensunterschiede erklären sich angesichts der Jahrzehnte wirksamen Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme von selbst. Kein anderes Transformationsland vermochte vergleichbare Fortschritte zu erzielen. Der Westen half in drei Jahrzehnten dabei mit 2.500 Milliarden Euro. Zwischen 1991 und 1997 wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 60 Prozent, ebenso stark wie beim „Wirtschaftswunder“ im Westen zwischen 1950 und 1956. Die politisch-kulturellen Prozesse des Wandels einer von fast sechs Jahrzehnten unterschiedlicher Diktaturen geprägten Gesellschaft sind individuell fast herausfordernder. Es war naiv zu verkennen, dass sie sich über Jahrzehnte hinziehen angesichts der generationellen Ausstrahlung. Und im Übrigen ist von der Bundespolitik die Auseinandersetzung mit dem Charakter des überwundenen Regimes bewusst zurückgehalten worden, um den Vereinigungsprozess nicht zu belasten. Der Interpretation des Systems, seines Sturzes und dessen Folgen nahmen sich umso mehr die Ehemaligen an. Deren Opponenten wollten den Wandel zur liberalen Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne westlichen Know-how wäre er nicht erreichbar gewesen. Freilich ist damals über Nacht das Leben gewandelt worden, und ich habe mich in meiner Dresdener Zeit als Gründungsdekan 1991 bis 1993 öfter gefragt, ob die westliche Gesellschaft Ähnliches verkraftet hätte. Aber die Erfahrung historisch-politisch geprägter unterschiedlicher Perspektiven und Kompetenzen gehört auch dazu. Insofern die früheren Zustände keiner realistischen Analyse unterzogen werden, wie gelegentlich auch in der

jüngeren Literatur, sollte dieser Diskurs kritisch geführt werden. In einem aber war der Osten dem Westen von Beginn an voraus: Schon bei der ersten gemeinsamen Bundestagswahl zeigte sich die moderne, ziemlich milieufrei an den eigenen Interessen orientierte Einstellung der Wähler. Sie gaben die Mehrheit denen, von denen sie sich soziale ökonomische Verbesserungen erwarteten. Diese sich von Traditionen und Milieus absetzende Egotendenz entfaltete sich im Westen in ähnlicher Dynamik etwas später. Heute herrscht sie im Wesentlichen gleich.

Glauben Sie, dass es trotz der schwierigen Situation und dem unrühmlichen Ende der Regierung den etablierten Parteien (der Mitte) dennoch gelingen kann, bei der kommenden Bundestagswahl einen großen Teil der Stimmen „konstruktiv“ zu binden?

Heinrich Oberreuter: Das Wählerverhalten ist inzwischen höchst fluide. Wir wissen nicht, welche Stimmungen noch erzeugt und dynamisiert werden. Sozialleistungen, Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, Ukraine und Migration werden eine große Rolle spielen – eigentlich die Krisenthemen. Dass Sozialleistungen Stimmentreiber sind, war 2021 deutlich zu sehen. Wie auch immer: für eine konstruktive Regierungsbildung wird es reichen, zumindest in einer großen Koalition, mit welcher Effizienz auch immer sie funktionieren wird. Schwarz-grün deutet sich als Möglichkeit an, zumal 10 bis 15 Prozent der abgegebenen Stimmen durch das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Mandatsverteilung unter den Tisch fallen. Diese Mandate werden unter den Parteien verteilt, die die Hürde übersprungen haben und in den Bundestag einziehen.

Kann sich die Bundesrepublik auf die klassischen deutschen Tugenden besinnen oder müssen wir uns neu erfinden?

Heinrich Oberreuter: Ob im sozialen Wandel traditionelle Tugenden, denen wir viel verdanken, noch als klassisch gelten, ist eine offene Frage. Das Leistungsprinzip ist gesellschaftlich höchst umstritten, *work-life-balance* hat Hochkonjunktur. Die „sozialen“ Medien tragen auch zur Erosion der Toleranz und des Respekts vor Pluralität bei. Auf diese Klassiker sollten wir uns besinnen. Denn sie bleiben auch dann eine integrierende gesellschaftliche Basis, wenn wir uns im Blick auf die unvergleichlich gewordene Dynamik vielfachen Wandels „neu erfinden“ müssen.

Von Karl Popper stammt die Parole: Optimismus ist Pflicht. Wolfgang Schäuble hat sie auch seinen Erinnerungen vorangestellt – gibt es dafür nun Anlass?

Heinrich Oberreuter: Zum gesellschaftlichen Wandel gehört auch, dass Pflichten kaum mehr als sonderlich attraktiv gelten. Aber realitätsbezogener Optimismus ist eine Voraussetzung dafür, es mit der Vielfalt der Herausforderungen aufzunehmen. Mit Gleichgültigkeit und Verzweiflung wird es nicht gelingen. ▲

Interview: Monika Franz und Manfred Fischl



LESESTOFF

Matthias Naß: Kollision

Während die Welt gebannt auf die Ukraine schaut, formiert sich viele tausend Kilometer entfernt ein noch viel größerer Konflikt – China und die USA sind im Indopazifik auf Kollisionskurs. Im neuen Epizentrum der globalisierten Weltwirtschaft entscheidet sich, wer im 21. Jahrhundert tonangebend sein wird, der kapitalistisch-demokratische Westen oder das staatskapitalistisch-autokratische Regime Chinas. Die Insel Taiwan, auf die China Anspruch erhebt, ist der Dominostein, dessen Fall die ganze Sicherheitsarchitektur Asiens zum Einsturz bringen würde. Matthias Naß, der

seit vielen Jahrzehnten für die ZEIT über Asien und den Pazifik berichtet, schildert Ursachen und Verlauf des Konflikts und porträtiert eindringlich die beteiligten Akteure und ihre sehr unterschiedlichen Interessen.

